

Ostthüringer Zeitung vom 14.10.2008

## **Front gegen Landkreismodell der Linken**

Rüdiger Dohndorf (CDU): Konzept bedeutet Zerschlagung funktionierender Verwaltungen

Von OTZ-Redakteur Henning Johr

Landrat Rüdiger Dohndorf (CDU) aus Sömmerda, Präsident des Thüringischen Landkreistages, hat große Geschütze gegen das Konzept der Linken für eine Gebietsreform im Freistaat aufgeföhren.

"Der Vorschlag würde vor keinem Verfassungsgericht in der Bundesrepublik bestehen", regte er sich gestern in Erfurt auf. Die Idee, das Land in nur noch vier Kreise in den Strukturen der Planungsregionen einzuteilen und den Gemeinden dann wichtige Aufgaben von der Schule über Straßenbau und Nahverkehr bis hin zur Trägerschaft bei den Sparkassen zu übertragen, würde eine prinzipiell zentralistische Neuordnung des Freistaates bedeuten. Ein Landkreis Ostthüringen wäre dann zweimal so groß wie das gesamte Saarland. Solche Konstrukte hätten mit Bürgernähe nichts mehr zu tun.

Bei der praktischen Umsetzung von Gebietsreformen in der Bundesrepublik habe sich gezeigt, dass größere Einheiten nicht zwangsläufig geringeren finanziellen Aufwand bedeuten, so der Chef des kommunalen Spitzenverbandes. Die Verwaltungskosten der Landkreise in Bayern mit ausgesprochen kleinteiliger Struktur würden lediglich 101 Euro je Bürger und Jahr betragen. In Thüringen seien es 190 Euro, womit ein mittlerer Platz unter den Bundesländern eingenommen wird. "Wir fordern den Erhalt der jetzigen Kreisstruktur", sind sich Dohndorf und sein Vizepräsident Hans-Helmut Münchberg (parteilos), Landrat von Weimar Land, einig. Wenn unbedingt gespart werden müsse, dann durch Vereinfachung der Verwaltung und durch Absenkung von Standards. Handlungsbedarf bestehe allerdings unterhalb der Kreisebene, wo es zahlreiche Gemeinden mit weniger als 100 Einwohner gebe, für die sich kaum noch ein Bürgermeister finde, ergänzte Frank Roßner (SPD), Verwaltungschef des Saale-Orla-Kreises, der auch zum Spitzengremium des Landkreistages gehört.

Ihr Nein zum Konzept der Linken solle nicht als Festklammern am eigenen Sessel missverstanden werden, sagte das Triumvirat. Sie wollten nur auf die beabsichtigte Zerschlagung funktionierender Verwaltungen aufmerksam machen. Die Landkreise würden wirtschaftlich und effizient arbeiten. Das Personal sei als Reaktion auf demographische Herausforderungen von rund 30 000 Mitarbeiter im Jahr 1992 auf 9500 bis zum vorigen Jahr reduziert worden. Die Übertragung der bisherigen Aufgaben der Landkreise auf die Kommunen setze zudem Gemeindegrößen von mindestens 10 000 bis 15 000 Einwohner voraus. Darunter könnten weder Schulnetze, noch Abfallentsorgung oder der Nahverkehr sachgerecht und wirtschaftlich organisiert werden.

Die Linken reagierten gelassen auf die geharnischte Kritik. Seine Partei begrüße es, wenn sich der Landkreistag jetzt in die Debatte zur Verwaltungs- und Gebietsreform einbringe, sagte deren kommunalpolitischer Sprecher, Frank Kuschel. Die CDU habe sich bisher einem Gesamtkonzept verweigert. Stattdessen habe sie mit Einzelmaßnahmen wie der Behördenstrukturreform, der Kommunalisierung der Versorgungs- und Umweltämter sowie dem Modell der Landgemeinden das Verwaltungschaos nur verschärft.

"Anzahl und Größe der Kreise stehen für Die Linke erst am Ende eines Diskussionsprozesses", stellte Kuschel klar.